

14.05.2014

Änderungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Antrag der Fraktion der CDU „Auf jede Stimme kommt es an: Europawahl am 25. Mai 2014 nutzen, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten“ (Drucksache 16/5775)

Der Antrag wird wie folgt geändert:

- 1. In Absatz 1 wird Satz 6 gestrichen.**
- 2. In Absatz 2 wird Satz 2 gestrichen.**
- 3. Absatz 3 wird gestrichen.**
- 4. In Absatz 5 wird Satz 1 neu gefasst:** „Nordrhein-Westfalen ist auf ein starkes, demokratisch entwickeltes und ‚grenzenloses‘ Europa als Wertegemeinschaft, als einheitlicher Rechtsraum und gemeinsamer Binnenmarkt angewiesen – wobei insbesondere die unmittelbaren Einwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der in der EU lebenden Menschen substanziell ausgebaut werden müssen.“
- 5. In Absatz 5 wird Satz 5 gestrichen.**
- 6. Absatz 6 wird neu gefasst:** „Zwar stellen sowohl die Nominierung europäischer Spitzenkandidaten als auch die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments infolge des Lissabon-Vertrags eine echte Weiterentwicklung der europäischen Demokratie dar, dennoch bedarf es weiterhin dringend eines grundlegenden ‚Demokratie-Upgrades‘ für die EU – kurz- bzw. mittelfristig beispielsweise durch die Übertragung des Initiativrechts auf das Europäische Parlament oder die Schaffung genuiner Transparenz und Nachvollziehbarkeit im europäischen Gesetzgebungsprozess, vor allem auf Seiten des EU-Ministerrats und der Europäischen Kommission.“

Datum des Originals: 14.05.2014/Ausgegeben: 14.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

7. **In Absatz 7 wird Satz 6 neu gefasst:** „Die in vielen EU-Ländern herrschende Europa-Skepsis, welche sich im Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien auf dem ganzen Kontinent widerspiegelt, ist auch Ausdruck des Versagens der etablierten Parteien auf nationaler wie europäischer Ebene, ein bürgernahes, nachvollziehbares und auf Mitbestimmung basierendes Europa zu verwirklichen bzw. voranzutreiben.“
8. **Nach Absatz 8 wird der neue Absatz eingefügt:** „Auch in Deutschland sind die etablierten Parteien nicht in der Lage, insbesondere der für die Zukunftsfähigkeit der EU entscheidenden Gruppe der Erst- und Jungwähler, den Mehrwert und die Sinnhaftigkeit der EU zu vermitteln. Allein mit dem immer wiederkehrenden und aus Sicht vieler junger Menschen altbackenen und überholten Verweis auf das ‚Friedensprojekt EU‘, wenn auch sachlich vollkommen korrekt, kann eine Generation, die glücklicherweise größtenteils ohne Kriegserfahrungen aus erster Hand aufwächst, die Sinnhaftigkeit der EU nicht (mehr) im notwendigen Umfang vermittelt werden. Es bedarf vielmehr im Zuge einer Neuausrichtung der europäischen Politik auf die Belange der jungen Generation auch einer weitergehenden Definition der EU, welche der wahren Bedeutung dieser unter Bezugnahme auf die Lebenswirklichkeiten der in ihrem Gebiet lebenden jungen Menschen gerecht wird. Hier stehen auch und insbesondere die Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der Verantwortung, einen entsprechenden Prozess zu befördern.“
9. **In Absatz 9 samt Überschrift wird gestrichen.**
10. **Im Absatz „Der Landtag beschließt“ wird der dritte Spiegelstrich neu gefasst:** „sieht mit Sorge das Erstarken insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in den verschiedenen europäischen Staaten, darunter auch Deutschland, und fordert die Landesregierung auf, durch geeignetes politisches Vorgehen extremistischen Kräften entschieden entgegenzuwirken.“
11. **Im Absatz „Der Landtag beschließt“ wird der vierte Spiegelstrich neu gefasst:** „begrüßt, dass sich die Wahl zum Europäischen Parlament infolge des Lissabon-Vertrags dem Modus nationaler Parlamente annähert und fordert gleichzeitig eine weitere dringend notwendige Demokratisierung der europäischen Politik, beispielsweise über die Einführung der Direktwahl der Kommissionspräsidenten.“
12. **Im Absatz „Der Landtag beschließt“ wird der fünfte Spiegelstrich neu gefasst:** „verweist auf die Erfolge der europäischen Integration mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt, mahnt jedoch die Vernachlässigung der sozialen Komponente der EU insbesondere im Zuge der teils verheerenden und einseitigen Austeritätspolitik als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise an.“
13. **Im Absatz „Der Landtag beschließt“ wird beim sechsten Spiegelstrich das Wort** „Informationsmöglichkeiten“ **durch** „Dialogmöglichkeiten“ **ersetzt.**

Dr. Joachim Paul
Nicolaus Kern
Marc Olejak
Michele Marsching

und Fraktion